

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erheint wöchentl. am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage ober deren Raum 1 M.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Was wird aus der Arbeitskammervorlage?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

R. W. Die zur Beratung der Arbeitskammervorlage ein-
gesetzte Reichstagskommission hat kurz vor der Vertagung
des Reichstages die erste Lesung der Vorlage beendet. Diese
Lesung gestaltete sich recht eigentümlich. Während sonst eine
Regierungsvorlage Paragraph nach Paragraph und Abschnitt
nach Abschnitt beraten und durch Anträge zu verbessern —
oder auch zu verschlechtern — versucht wird, ist diesmal nur
eine Klärung grundsätzlicher Fragen erfolgt. Es ist dann
von der Kommission ein Unterausschuß bestellt worden, der
während der Vertagung des Reichstages die Regierungsvor-
lage den Kommissionsbeschlüssen entsprechend gestalten soll.
Ihm liegt auch die nähere Formulierung der Beschlüsse der
Kommission ob. Seine Arbeit soll dann der Gesamtkom-
mission im Herbst die Grundlage für die zweite Lesung geben.
An seine Aufgaben wird der Unterausschuß mit sehr ge-
mischten Gefühlen herantreten, denn es erscheint sehr frag-
lich, ob seine Arbeiten ein positives Ergebnis zeitigen wer-
den. Hatte schon einmal die Regierung während der Kom-
missionsberatungen dem Beschluß, die Kammern auf terri-
torialer Grundlage zu errichten, ein Unannehmbar entgegen-
gestellt, so hat am Schluß der ersten Kommissionslesung der
Staatssekretär Frhr. v. Stein ernsthafte Bedenken erklärt,
ob auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse eine Ver-
ständigung erzielt werden könne. Wenn die Kom-
mission auf ihren Beschlüssen bestehen bleibe,
sei zu befürchten, daß ihre Arbeiten ver-
geblich sein würden.

Worin bestehen nun die Unstimmigkeiten zwischen Re-
gierung und der Kommissionsmehrheit? Es erscheint zweck-
mäßig, die Sachlage im Zusammenhang zu schildern.
Im Herbst vorigen Jahres haben die freien, die christ-
lichen, die Hirsch-Dunderschen und die polnischen Gewerk-
schaften gemeinsam dem Reichstag und dem Bundesrat einen
Gesetzentwurf unterbreitet, der die Errichtung von Arbeits-
kammern vorsah. Sie sollten für alle Arbeitnehmer und
Arbeitgeber in allen Zweigen der Wirtschaft gelten, also
einschließlich der Schifffahrt und der Landwirtschaft. Auch
die Angestellten sollen natürlich von diesen Arbeitskammern
erfaßt werden. Die Arbeitnehmervertreter jeder Kammer
sollten besondere Arbeitnehmerabteilungen zur Beratung
aller reinen Arbeitnehmerfragen bilden, die Kammern auf
territorialer Grundlage errichtet werden. Die Arbeiter-
und Angestelltenausschüsse und die Schlichtungsstellen, die
das Hilfsdienstgesetz vorgeschrieben hatte, sollten durch das
Arbeitskammergesetz dauernd gesichert werden.

Von all diesem hatte die Regierungsvorlage, die im
April dem Reichstag zugeht, nichts gebracht. Arbeits-
kammern freilich! Aber die Angestellten sollten nicht ein-
bezogen werden; für sie wurde ein besonderes Gesetz in
Aussicht gestellt. Die Arbeitskammern sollten nicht für
die Schifffahrt und die Landwirtschaft gelten. Die Kammern
sollten auf sachlicher Grundlage errichtet werden.

Die Arbeitnehmervertreter in der Kommission suchten nun den
organisatorischen Aufbau der Kammern und den von ihr er-
faßten Personenkreis ihren Wünschen entsprechend zu ge-
halten. Dabei stießen sie auf den lebhaften Widerstand der
Regierung. Trotzdem gelang es ihnen, dem Willen der Re-
gierung entgegen, sowohl die territorialen Kammern wie die
Einbeziehung der Schifffahrt und der Landwirtschaft durchzu-
bringen. Auch die Bildung besonderer Arbeitnehmerabteilun-
gen innerhalb der einzelnen Kammer wurde beschlossen.
Auf das Unannehmbar der Regierung gegenüber dem terri-
torialen Aufbau der Kammern suchte die Kommission der
Regierung dadurch entgegenzukommen, daß die Errichtung
besonderer Fachkammern für den Fall eines Bedürfnisses
beim Stande der gewerblichen Entwicklung zugelassen wurde.
Auch die Schifffahrt und die Landwirtschaft sollte besondere
Kammern erhalten. Auch gegenüber diesen Fachkammern
ließ der Staatssekretär erklären, daß er glaube, diese Rege-
lung werde schließlich die Zustimmung der verbündeten
Regierungen finden.

Und in seiner am Schluß der ersten Lesung in der Kom-
mission abgegebenen Erklärung sagte er, die Regierung
müßte am sachlichen Aufbau der Kammern festhalten. Der
sachliche Aufbau müsse das Primäre sein, und lediglich für
den Rest der nicht durch die Fachkammern erfaßten Arbeiter
könnten territoriale Kammern zugelassen werden. Ähnlich
lang seine Erklärung zu der Einbeziehung der Schifffahrt
und der Landwirtschaft in das Arbeitskammergesetz.

Bei dieser Sachlage ist es also sehr fraglich, ob das Gesetz
zustande kommen wird.

Weniger Schwierigkeiten sind aus den sonstigen Beschlüssen
der Kommission erwachsen. Anscheinend wird sich die Re-
gierung mit den besonderen Arbeitnehmerabteilungen der
Kammern abfinden. Auch die völlige Gleichstellung der
Eisenbahnkammern hinsichtlich der Wahl der Mitglieder,
die von der Kommission beschlossen wurde — die Regierungs-
vorlage sah die Möglichkeit vor, Arbeiterausschüsse als Ar-
beitskammern zu bestellen und wollte keine Organisations-
beamten der Eisenbahner wählbar sein lassen — bildet keinen

Streitgegenstand. Wahrscheinlich auch nicht die von der
Kommission beschlossene Serüibernahme der Arbeiteraus-
schüsse und der Schlichtungsstellen aus dem Hilfsdienstgesetz.
Die Angestelltenausschüsse sollen nach den Kommissions-
beschlüssen nicht herübergenommen werden, in Konsequenz
des auch gefaßten Beschlusses, die Angestellten nicht der
Wirksamkeit des Gesetzes zu unterstellen. Das letztere ist
gegen die Stimmen der Arbeitervertreter in der Kommission
geschehen, weil die Regierung für die Angestellten ein be-
sonderes Gesetz in Aussicht stellte.

So ist der Stand der Gesetzesvorlage. Alles liegt noch
im dunkeln. Deshalb auch tut die Arbeiterschaft gut, sich
nicht von vornherein auf das endliche Zustandekommen einer
öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung zu verlassen. Der
Ausbau und die Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organi-
sationen schafft ihnen eine wirksamere Interessenvertretung,
bei deren inneren Einrichtungen ihnen niemand hineinzureden
hat. Sie sind bisher die Waffe gewesen, mit deren Hilfe sich
die Arbeiterschaft die Berücksichtigung ihrer Interessen er-
kämpft hat, und sie werden es auch in der Zukunft sein.
Selbst dann, wenn es zu einer öffentlich-rechtlichen Inter-
essenvertretung noch kommen sollte. Nicht warten auf die
Gesetzgebung, sondern selbst bauen, muß die Aufgabe der
Arbeiterschaft sein.

Politische Krisen.

Zu den wenig erfreulichen Eigentümlichkeiten der deut-
schen Politik gehört ihre Unstetigkeit. Das hängt mit der
Bescheidenheit der Rolle zusammen, die der Reichstag bei
der Bestimmung des politischen Kurses spielt. Es muß nicht
so sein. Der Reichstag hätte als Vertretung des deutschen
Volkes das Recht, bei der Auswahl der Staatsmänner, denen
die Leitung des Reichsschiffes anvertraut wird, ein entschei-
dendes Wort mitzusprechen. Der Reichstag hätte auch die
Macht in Händen, gegenüber den anderen gesetzgebenden Fak-
toren seinem Willen Geltung zu verschaffen. Daß er immer
wieder bescheiden zurücktritt und alles, was von oben kommt,
fatalistisch hinnimmt, ist keine rühmenswürdige Eigenschaft
des Reichstages; es ist ein schweres Unrecht gegen das deutsche
Volk, welches durch die mangelnde Energie seiner Vertretung
empfindlich in seinen politischen Rechten gekränkt wird.

Ein Anlauf zur Besserung ist im vorigen Jahr unter-
nommen worden, als nach dem unglücklichen Zwischenpiel
mit dem Reichkanzler Michaelis die maßgebenden Stellen
in der Reichsregierung zum ersten Male nach einer Ver-
ständigung mit der Mehrheit des Reichstages besetzt wurden.
Optimisten erblickten darin den Beginn der parlemen-
tarischen Regierungsform, bei welcher die Mit-
glieder der Regierung entweder aus den Mehrheitsparteien
des Parlaments entnommen oder doch zum mindesten mit
Zustimmung dieser Parteien ernannt werden. Diese An-
nahme hat einen harten Stoß erlitten durch den Fall
Rühlmann, der zugleich gezeigt hat, wie wenig berech-
tigt es ist, auf die Stetigkeit der deutschen Politik zu bauen.

Die Rühlmannkrise ist ein Ausdruck des Gegensatzes, der
zwischen den Annexionisten, den Predigern des Gewalt-
friedens und den weiten Volkskreisen besteht, die sich nach
einer baldigen Beendigung des Krieges sehnen,
und die einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädi-
gungen abgeschlossen sehen wollen, der bei keiner Partei
einen Stachel zurückläßt und die Aussicht auf dauernden
Bestand eröffnet. Auf einen solchen Frieden der Ver-
ständigung hatte sich die Regierung des Grafen Hertling
verpflichtet, als sie bei der Uebnahme ihres Amtes die
Juliresolution des Reichstages als für sich bin-
dend anerkannte. Diese berühmte Resolution hat sich frei-
lich in der Folge als ein wenig zuverlässiges Instrument für
einen Verständigungsfrieden erwiesen. Einige hervorragende
Mitglieder der Mehrheitsparteien haben in öffentlichen
Kundgebungen der Resolution eine etwas merkwürdige
Auslegung gegeben. Den eigenartigsten Kommentar
gab aber die Regierung selbst durch den Abschluß des Frie-
dens von Brest-Litowsk, der beim besten Willen
nicht als ein Verständigungsfriede bezeichnet werden kann.
Selbst wenn man zugeben will, daß die russischen Unter-
händler durch ihr förthiges Auftreten das Anstumpfen der
gepangerten Faust provoziert haben, so bleibt doch das wei-
tere Verhalten der deutschen Reichsgewalt in
den Ostländern für jeden Freund eines ehrlichen Frie-
dens und der dauernden Verständigung zwischen den Völkern
überaus peinlich.

Befinden sich unter den Angehörigen der Mehrheitspar-
teien des Reichstages laue Freunde der Friedensresolution,
so wird diese von der Minderheit, besonders von den Kon-
servativen, auf das heftigste bekämpft. Hier sitzen die
Verfechter der weitgehendsten Annexionspläne. Eine fried-
liche Verständigung mit den Feinden ist ihnen ein Grauel;
mittels der militärischen Machtmittel wollen sie den Wider-
stand der Feinde brechen und ihnen dann den Schwert-
frieden diktieren. Daß dieses Ziel, sofern es überhaupt
erreichbar ist, noch ungeheure Opfer an Gut und Blut er-
fordert, sieht diese Maulhelden nicht an. Der Hammer
der Witwen und Waisen über die jetzt schon nach
Millionen zählenden blutigen Opfer des Weltkrieges läßt

diese Heimkrieger kalt. Die Not, der Hunger, das
Elend der breiten Volksmassen rührt sie nicht,
sie haben nur den Gewinn im Auge, der ihnen bei einer
weiteren Fortsetzung des Krieges winkt. Zu den Kriegs-
begeltesten Annexionisten gehören auf der einen Seite die
Agrarier, die den Hunger aus eigener Erfahrung nicht
kennen, denen der ungeheure Lebensmittelwucher eine reich-
fließende Quelle der Bereicherung ist. Auf der anderen Seite
sind es die Unternehmer der Schwerindustrie, welche
die erstrebten Annexionen unter dem Gesichtspunkt des er-
höhten Profits betrachten. Sie sind listern auf die Erz-
lagerstätten in den feindlichen Ländern. Die Aussicht auf
einen Verständigungsfrieden mit nachfolgender Abrüstung ist
ihnen ein Gegenstand des Abscheus. Die ewigen Krieges-
rüstungen, der Bau von Kanonen und Panzerplatten
bietet ihnen Aussicht auf größere Gewinne als die Erzeugung
von Waren für den Friedensbedarf. Um diesen Kern der
alldutschen, annexionistischen Vaterlandspartei schart sich ein
Haufen kurzschichtiger Menschen, die sich durch das phrasen-
hafte Geschwätz von einem größeren Deutschen Land
und von der deutschen Welt Herrschaft ihr bißchen
Hirn verkleistern lassen. Sie gleichen dem Hund in der Fabel,
der in der Eier, auch das Stück Fleisch zu erlangen, das ihm
sein Spiegelbild im Wasser zuwirft, die Beute verliert, die
er im Mause hat.

Das deutsche Volk hat mit den alldutschen
Schreibern nichts gemein. Ihre beste Unterstützung finden
diese bei ihren Gesinnungsverwandten im feindlichen Aus-
land, die dort die Macht in Händen haben und gleichfalls
von einem billigen Frieden noch nichts wissen wollen. Außer-
dem berufen sie sich aber auch darauf, daß ihre Auffassung
von der obersten Heeresleitung geteilt werde. Daß
die Generale darauf ausgehen, die feindliche Seeresmacht
niederzuschlagen und zu vernichten, ist ganz selbstverständ-
lich. Die Kriegsführung ist ihr Beruf, und ein starker Sieges-
wille ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg ihrer
Tätigkeit. Die seitherigen Leistungen des deutschen Heeres
geben den Heerführern den berechtigten Anspruch auf das
volle Vertrauen des Volkes zu ihrer Kriegsführung. Das
Volk zeigt auch nicht mit dem Ausdruck dieses Vertrauens,
soweit militärische Fragen in Betracht kommen. Durch die
wirksame Abwehr der feindlichen Invasion haben sich das
Heer und seine Führer um Deutschland auf das
höchste verdient gemacht. Die Dankbarkeit, die wir
ihnen schulden, darf aber nicht dazu führen, uns blindlings
der politischen Führung der Seeresleitung zu unter-
werfen. Die politische Führung des deutschen Volkes ge-
hört der Reichsregierung, die ihr Amt in vollem
Eilvernehmen mit der Volksvertretung aus-
zuüben hat. Das Heer darf nichts weiter sein als ein
Werkzeug der Politik.

Sachlich ist es aber nicht so. Wir haben des öfteren
gesehen, daß die wichtigsten politischen Entscheidungen im
großen Hauptquartier getroffen werden, und man gewinnt
mitunter den Eindruck, als sei die Reichsregierung aus-
führendes Organ des großen Hauptquartiers, statt daß die
Machtverhältnisse umgekehrt verteilt sein sollten. Auf diesem
Boden ist auch die neueste politische Krise erwachsen. Herr
v. Rühlmann, der Staatssekretär des Äußern, hat in seiner
Reichstagsrede vom 24. Juni die unbestreitbare Tatsache
ausgesprochen, daß der Krieg durch militärische
Entscheidungen allein nicht beendet werden
kann. Dadurch hat er bei den Annexionisten große Auf-
regung hervorgerufen. Sie waren dem Staatssekretär, der
nicht in ihr Horn tütet, ohnehin nicht grün, nun aber ver-
langten sie stürmisch seinen Rücktritt. Der Reichkanzler
griff ein und Rühlmann selbst suchte in einer neuen Rede
sein Wort abzuschwächen, ohne es zurückzunehmen. Der
Sturm verließ sich, und nach einigen Tagen konnte das Organ
des Reichkanzlers melden: Rühlmann bleibt!

Um so größer war die Ueberraschung, als im Anschluß
an eine Reise Rühlmanns ins Hauptquartier
der offiziöse Telegraph am 9. Juli verkündete, der Kaiser
habe das Abschiedsgesuch Rühlmanns geneh-
migt und der Gesandte in Kristiania, Hinge, sei zu seinem
Nachfolger ausersehen. Der Zusammenhang war klar: Rühl-
mann hatte das Vertrauen der Seeresleitung verloren und
müßte gehen. Sein in Aussicht genommener Nachfolger galt
schon lange als Vertrauensmann der Alldutschen. Dieser
ohne Vorwissen der Volksvertretung vorgenommene Per-
sonenwechsel bedeutete nicht nur eine Brüstlerung des
Reichstages, es lag auch nahe, ihn als Zeichen für die einge-
tretene Aenderung des politischen Kurses zu deuten.
Das mußte weitgehende politische Folgen haben. Nach außen
die Ablehnung der Friedensresolution und die
Anerkennung der alldutschen Kriegsziele. Im Innern die
Wiederaufrichtung der Herrschaft der Kon-
servativen, Liquidierung des neuen Kurses, soweit von
einem solchen schon etwas zu spüren war, und vor allen
Dingen Verzicht auf die Durchführung der
Wahlreform in Preußen. Daß ein Versuch, gegen die
Mehrheit des Reichstages und gegen die große Mehrheit des
deutschen Volkes zu regieren, zu den folgenschwersten Er-
schütterungen führen kann, ist sehr naheliegend. Alle diese
Probleme wurden durch die Rühlmannkrise aufgeworfen.

Dem diplomatischen Geschick des Reichskanzlers gelang es, durch sein Auftreten im Hauptausschuß des Reichstags den drohenden Sturm zu beschwören. Er wies darauf hin, daß verfassungsmäßig der Reichskanzler allein den politischen Kurs bestimme und der Staatssekretär nur nach dessen Direktiven handeln könne. Er wies Hertling, siehe noch auf dem Boden der Friedensresolution und der mit dem Reichstag vereinbarten Antwort auf die Papstnote. Er lehnt die Pläne der Annexionisten ab, und ganz besonders lehnt er es ab, Belgien in irgendeiner Form zu behalten. Es ist nur ein Faustpfand für die künftigen Verhandlungen. Nach dem Kriege soll Belgien als selbständiges Staatswesen, keinem als Vasall unterworfen, mit uns in guten freundschaftlichen Verhältnissen leben. Das ist eine außerordentlich wertvolle Erklärung. Graf Hertling hat sich durch sie wohl eine scharfe Abgabe der Wäldter zugesprochen, aber es ist nicht unmöglich, daß diese Kanzlerrede doch Anknüpfungspunkte für erfolgversprechende Friedensgespräche bietet. Allerdings wird man die Hoffnungen nach dieser Richtung nicht zu hoch spannen dürfen.

Im Plenum des Reichstags hat die so beilegte schwere politische Krise nur sehr schwache Wellen geschlagen. Hier wurde eine Reihe sehr wichtiger Gesetze — es sei nur an die Vermehrung der Reichstagsitze und die Einführung der Verhältniswahl in den großen Wahlkreisen und an die Verabschiedung von dreizehn bedeutenden Steuergesetzen erinnert — mit großer Schnelligkeit erledigt. Auf einzelne dieser Gesetze werden wir noch zurückkommen. Am 13. Juli wurden weitere 15 Milliarden Mark Kriegskredite gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt. Dann vertagte sich der Reichstag bis zum 5. November.

Die neueste politische Krise ist schnell beigelegt worden, aber ihr Entstehen hat erneut die Unsicherheit der politischen Verhältnisse in Erinnerung gerufen. Der Kampf zwischen der Masse des Volkes und der kleinen, aber machtvolleren Oberschicht, die sich bisher annahm, die Geschicke des deutschen Volkes nach eigenem Gutdünken zu lenken, ist noch nicht entschieden. Für den Augenblick sind die Wäldter zurückgedrängt, aber ihre Kraft und ihre Herrschaft sind keineswegs gebrochen. Diese unbefriedigenden Zustände verdanken wir der unangebrachten Nachgiebigkeit des Reichstags. Wir müssen verlangen, daß der Reichstag von seinen Machtmitteln im Namen des Volkswillens rücksichtslos Gebrauch macht. Das Volk muß seinen Abgeordneten den Rücken stärken, damit wir endlich auch in Deutschland dahin kommen, daß des Volkes Wille das oberste Gesetz ist.

Konferenz der Sägereiarbeiter Sachsens.

Am Sonntag, dem 7. Juli, tagte im Dresdener Volkshaus eine von 43 Delegierten aus 33 Orten besetzte Konferenz der Sägereiarbeiter Sachsens, die von den Gauvorständen unseres Verbandes in Dresden und Leipzig einberufen war und nach Kollegen Gerltzke um 10 Uhr vormittags eröffnet wurde. Als Vertreter des Verbandes war Kollege Neumann (Berlin) anwesend. Auf der Tagesordnung stand: „Die Schaffung eines Tarifvertrages für die Sägereien Sachsens.“

Das einleitende Referat hielt Kollege Neumann (Berlin). Er schilderte die Bestrebungen des Verbandes während der Kriegszeit, die Lohnverhältnisse der Holzarbeiter entsprechend den gestiegenen Preisen für die Lebenshaltung aufzubehalten. Durch Vereinbarungen mit den Unternehmerverbänden unter Mitwirkung des Reichsamts des

Innern im Herbst 1916 und des Kriegsamts in Berlin im August 1917 gelang es, die bestehenden Tarifverträge im Interesse der Arbeiterschaft auszubauen und neben den Teuerungszulagen eine Regelung der Mindeststundenlöhne und der Arbeitszeit durchzusetzen und die Vertragsorte in sechs Klassen zu teilen. Als im Herbst 1918 die ersten Vereinbarungen über Teuerungszulagen für die Arbeiterschaft in der Holzindustrie getroffen wurden, richteten sich auch die bayerischen Säger und verlangten ebenfalls eine zentrale Regelung ihrer Lohnverhältnisse. Mit Hilfe des bayerischen Kriegsministeriums kamen Besprechungen zwischen den Arbeitern und den Arbeitgebern zustande, die auch zum Abschluß eines Tarifvertrages für ganz Bayern führten. Dieser Vertrag hat inzwischen eine zweimalige Verbesserung erfahren; die Mindeststundenlöhne sind nun, nach Klassen geordnet, bis zu 1 Mk. gestiegen. Auch in Württemberg wurde unter Mitwirkung des Kriegsministeriums für die dortigen Sägereibetriebe ein Tarifvertrag geschaffen. Was nun in Bayern und Württemberg möglich war, dürfte auch in Sachsen mit seiner weit ausgebreiteten Sägewerksindustrie nicht unmöglich sein. Aufgabe der heutigen Konferenz ist es, die nötigen Vorarbeiten und entsprechende Vorschläge zu beschließen. Es müßten dann für alle Betriebe Versammlungen stattfinden, denen diese Vorschläge zur Beschlussfassung zu unterbreiten wären, worauf dann die Gauvorstände Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden anzubahnen hätten.

Ueber die Verhältnisse in den Sägereien Sachsens berichten die Gauvorsteher Berner, Leipzig und Schulz (Dresden). In letzter Zeit haben sich auch unter den Sägereiarbeitern Sachsens Bestrebungen nach Schaffung eines Tarifvertrages geltend gemacht. Auch in Arbeitgeberkreisen ist bei Verhandlungen über Teuerungszulagen dem Gedanken einer einheitlichen Entlohnung Ausdruck gegeben worden. Die unterschiedliche Bezahlung für gleichwertige Arbeitskräfte in den verschiedenen Betrieben macht die Schaffung eines Tarifvertrages zur Notwendigkeit. In Königstein beträgt der Stundenlohn für Brettschneider 85 Pf., im benachbarten Schandau nur 65 Pf. In der Aufsicht sowie in der Döbelner Gegend werden gar noch 55 Pf. gezahlt, und im Erzgebirge gibt es Betriebe, wo der Lohn noch unter 40 Pf. pro Stunde heruntergeht. Fast alle Betriebe arbeiten jedoch für den Preisbedarf und werden die Unternehmer auch nach einheitlichen Grundsätzen für die gelieferten Produkte bezahlt. In der Arbeitszeit herrscht ein ebensolches Durcheinander. Während in Dresden in einem Betrieb 53 Stunden gearbeitet wird, wird in entlegenen Gegenden noch bis zu 66 Stunden gearbeitet. Die Unternehmer müßten selbst ein Interesse daran haben, diesen unregelmäßigen Verhältnissen entgegenzuarbeiten.

Nach längerer Aussprache, an der sich die Delegierten fast aller Orte beteiligten, und in der allgemein der Wunsch nach Schaffung eines Tarifvertrages zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 7. Juli 1918 stattgefundenen, von 43 Delegierten aus 33 Orten besetzte Konferenz der Sägereiarbeiter erklärt es für unbedingt nötig, daß die Arbeitsverhältnisse durch eine der fortschreitenden Teuerung entsprechende Erhöhung der Teuerungszulagen und eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit verbessert werden, wenn die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Sägewerksarbeiter erhalten und ernstere Arbeitsdifferenzen vermieden werden sollen.

Die Konferenz fordert ferner die Schaffung eines nach Lohnklassen geregelten Lohntarifs, wie er für Bayern und Württemberg schon besteht. Die Gauvorstände des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Dresden und Leipzig werden beauftragt, die von der Konferenz beschlossenen

Forderungen dem Verband sächsischer Holzindustriellen mitzuteilen und Verhandlungen darüber zu beantragen, zu denen Vertreter der Arbeiter aus den Sägereien hinzuzuziehen sind. Das Sächsische Kriegsamtministerium soll erlucht werden, die Leitung dieser Verhandlung zu übernehmen.

Der von den Gauvorständen vorgelegte Entwurf eines Tarifvertrages wurde nach sehr eingehender Diskussion, nach dem einige Änderungen vorgenommen waren, ebenfalls einstimmig angenommen. Die Forderungen lauten im wesentlichen:

Sofortige Gewährung einer Teuerungszulage von 20 Pf. für männliche Arbeiter über 18 Jahre, für jugendliche und weibliche Arbeiter 10 Pf. pro Stunde.

Schaffung eines Tarifvertrages mit vorgesehener Mindestlöhnen nach vier Lohnklassen und Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich.

Zeitgemäße Zuschläge für Ueberstundenarbeit.

Die nun stattfindenden Betriebsversammlungen werden zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen und Beschluß darüber fassen.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Gerltzke, das in die Aufforderung ausklang, die Organisation unter den Sägewerksarbeitern zu stärken und für guten Besuch der abzuhaltenden Betriebsversammlungen zu sorgen, wurde die Konferenz um 4 Uhr nachmittags geschlossen. D. S.

Soziales.

Die Volksfürsorge im Jahre 1917.

Der am 24. Juni in Hamburg abgehaltene Generalversammlung der „Volksfürsorge“ konnte ein recht günstiger Bericht über das Geschäftsergebnis im Jahre 1917 vorgelegt werden. Die Zahl der abgeschlossenen Policen stieg von 101 689 Ende 1916 auf 227 183 und die Höhe der dadurch versicherten Summe von 28 468 029 Mk. auf 37 156 660 Mk. Davon stiegen die abgeschlossenen Kapitalversicherungen von 123 715 mit 26 362 841 Mk. Versicherungssumme auf 157 056 Policen mit 34 582 821 Mk. Versicherungssumme. Der erzielte Ueberschuß beträgt 389 335,53 Mk., bei einer Gesamteinnahme von 9 704 618,00 Mk. Die Jahresprämieinnahme betrug 3 182 187,57 Mk., die Einnahme aus Zinsen 319 247,70 Mk. Der sichergestellte Prämienreservefonds betrug Ende 1917 6 201 705,71 Mk., die Gewinnreserve der Versicherten 348 496,23 Mk. und die sonstigen Reserven und Rücklagen 283 626,78 Mk. Die Verwaltung schlug der Generalversammlung die Ueberweisung von 10 Prozent der eingezahlten Jahresprämien, das sind 272 914,08 Mk., an die Gewinnreserve der Versicherten (im Vorjahre 7 Prozent) vor; daneben wurden noch je 5 Prozent des erzielten Ueberschusses, das sind je 19 466,78 Mk., dem gesetzlichen Reservefonds, dem Organisationsfonds, dem Kriegsreservefonds und dem Fonds für besondere Reserven überwiesen.

Die Kriegsversicherungskasse der „Volksfürsorge“ ist eine Versicherung zugunsten der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und Verstorbenen. Der Beitritt zu dieser Versicherung ist auch jetzt noch ohne jede Schwierigkeit möglich. In allen Rechnungsstellen der „Volksfürsorge“ können für jeden Kriegsteilnehmer bis zu 20 Anteilscheine zu je 5 Mk. gelöst werden. Die eingezahlte Gesamtsumme wird am Schluß des Krieges unter die Hinterbliebenen der Gefallenen und gestorbenen Versicherten verteilt. Sofort nach festgestelltem Tod kann eine Vorauszahlung im fünfprozentigen Betrage der Einzahlung erhoben werden.

Bis zum 21. Mai 1918 waren für 60 014 Kriegsteilnehmer 92 170 Anteilscheine erworben und sind dafür 460 850

Der Holzarbeiterlehrling und seine Eltern.

Von Aug. Fleming.

Bekanntlich wird behauptet, die Frau sei die Beste, von der am wenigsten gesprochen werde. Das ist wohl nicht immer richtig; wird dagegen von irgendeiner gesellschaftlichen Einrichtung überall viel gesprochen und geschrieben, so ist sie sicherlich nicht in Ordnung. Und wieviel spricht und schreibt man jetzt nicht von dem Nachwuchs der Handwerker, von den Lehrlingen der technischen Gewerbe. Nicht allein alle Innungen und Vereine, auch alle staatlichen und örtlichen Behörden beschäftigen sich dauernd und viel mit den Handwerkslehrlingen, spenden auch große Geldsummen für ihre Ausbildung. Es „hupert“ eben damit; man muß daher viel darüber sprechen und schreiben. Ganderbaterweise wird dabei jedoch meistens nur an die Lehrer und Lehrmeister, an die Schulen und Werkstätten, weniger an die selbst, fast gar nicht an ihre Eltern gedacht. Und doch weiß jeder denkende und erfahrene Mensch, daß bei der beruflichen Ausbildung eines jungen Menschen des Elternhauses mindestens ebenso wichtig ist wie die Schule oder die Werkstatt. So dürfte es denn sehr wichtig sein, sich auch mal damit zu beschäftigen, wie die Eltern eines Holzarbeiterlehrlings ihren Söhnen

den Pflichten und auch alle Erfahrung lehrt, daß die Eltern mit wie Vater, die Knaben wie die Mütter sind. Schreibt doch auch der große Dichter, selblich auch große Denker und Denkerstauer Goethe: „Vom Vater hat ich die Natur, — Das Lebens ernstes Führen, — Vom Mutterlein die Großmutter — Und Lust zum Fabulieren.“ — Es mag manchem geben, wenn auch nur scheinbar, in der Regel sind die Knaben in ihrem häuslichen Leben, in ihrem Gemüt wie ihre Mütter; jedenfalls hat jede Mutter größten Einfluß auf ihren Sohn. Darum kann bei der Entscheidung über die Frage, was ein Junge werden soll, der Einfluß der Mutter oder der Väter gar nicht genug beachtet werden. So ist jedoch ihrem Wesen nach wie ihr Vater ist und erwarben von ihm auch viele Gewohnheiten. Darum hat, folgt es bei der Berufswahl für ihren Sohn, wenn mehr ihren natürlichen und ihren überlieferten Anschauungen als wohlüberlegten Vernunftschlüssen. Darin liegt eine große Gefahr für den Knaben nicht nur, auch für die Eltern, ja für die ganze Familie. Die Familie ist eben ein Organismus, es leben somit alle ihrer Glieder mit dem anderen. Die Eltern ist freilich unabhängig ebenfalls mehr oder weniger von seinen natürlichen und anerzogenen Reigungen

und Gewohnheiten abhängig, daher ebenfalls bei der Frage der Berufswahl seines Sohnes nicht völlig unbefangen, nicht ganz objektiv. Dazu kommt noch die soziale Stellung der Eltern, besonders die leidige Geldfrage. Unter allen Umständen ist die Entscheidung über den Beruf eines Knaben äußerst schwierig, steht man hierbei vor einem der bedeutendsten Probleme.

Wer soll denn nun bei der Berufswahl für einen Knaben entscheiden? Neuerdings huldigt man allgemein der „exakten“ Psychologie und soll alles die Schule, der Lehrer machen. Vielleicht — aber auch nur vielleicht — ganz gut, wenn es sich um Berufe handelt, worin das Wissen die Hauptsache ist; bei einem Handwerkslehrling handelt es sich doch aber um das Können! In jeder Werkstatt kann man erkennen und sogar beweisen, daß nicht immer die am meisten Können, die über die besten Schulkenntnisse verfügen, die am meisten wissen. Ist es da nicht ein Gedankenfehler, wenn man den Mann des Wissens, den Lehrer, darüber entscheiden lassen will, ob ein Junge über die Eigenschaften oder die Begabung verfügt, die zum Können erforderlich sind? Sicherlich!

Was soll der Junge werden? Diese über sein ganzes Leben entscheidende Frage können am besten seine Eltern und der Junge selbst beantworten. Allerdings sind nicht alle Eltern so geistesfrisch und erfahren, daß sie ein sicheres Urteil haben könnten; ein angehender Lehrling folgt mehr seinen noch ungeklärten Reigungen oder den suggestiven Einflüssen seiner Eitel- und Schultameraden als irgendwelchen planmäßigen Gedankenschlüssen, er weiß also auch nicht, was er will oder tut. Wer soll also entscheiden? Eben trotzdem am besten die Eltern und der Junge selbst; aber — da niemand sein eigener Richter sein kann — die Eltern sollen dabei auf den Rat weiser und erfahrener Männer und Frauen ihrer Bekanntschaft und ganz besonders auf die einschlägige Literatur achten! Wir leben nun mal im Zeichen der Offenheit; wichtiger als alles andere ist das gedruckte Wort, und somit unterliegt es keinem Zweifel, daß der ewig hin und her irrlichtert, der nicht die Literatur, namentlich nicht die seines Faches beachtet.

Unser Thema bedingt eine Betrachtung darüber, worauf es für einen Lehrling der Holzarbeit besonders ankommt. Schon recht! Gerade deshalb dürften diese allgemeinen Anregungen möglich sein. Denn zuerst kommt es doch darauf an, für einen Jungen den Beruf zu wählen, für den er begabt ist und wozu er auch Lust hat. Begabung und Lust, beides muß zusammenfallen, sonst wird

aus einem Lehrling kein Meister, und er trägt er nur zu leicht!

Wenn es nun entschieden ist, daß der Junge Holzarbeiter werden soll und will, womit können ihm dann seine Eltern helfen, daß er ein tüchtiger werde?

Dabei kommt es besonders auf „des Lebens ernstes Führen“ seitens des Vaters an. Der Vater muß den Jungen lehren, daß er allein nichts, nur in Verbindung mit seinen Berufsgenossen etwas ist. Einen einzelnen Faden kann jedes Kind zerreißen; viele Fäden zu einem Seil verflochten, tragen die schwersten Lasten, sind von fast unüberwindlicher Kraft. Darum muß sich schon ein Holzarbeiterlehrling als Mitglied seiner Organisation fühlen! Dadurch braucht seine Persönlichkeit durchaus nicht zu leiden, kann sie sich im Gegenteil erst recht entfalten. „Entzwei“ und gebietet tüchtig Wort. — Vereint und leitet! Besser Wort! — Ein einzelner Tropfen ist nichts, viele Tropfen sind ein mächtiger Fluß oder ein gewaltiges Meer! Und wie sehr kann nicht die Mutter dem Holzarbeiterlehrling helfen, auch in seinem Fach! Nur einige Beispiele.

„Mein lieber Junge, du erlernst die Tischlerei. Blide dich nur in der Wohnung um; überall siehst du Tischlerarbeiten. Sollte an den Türen und Fenstern nicht noch manches zu verbessern sein? Denken, mein Junge, denken! Ob ein Stuhl nicht zu hoch oder zu niedrig sei, ob er für große und kleine Menschen nicht verschieden hoch sein müsse, ebenso ein Tisch; ein Schrank die rechte Höhe und Tiefe habe, besser mit einem Sockel dicht auf dem Fußboden oder mit mehr oder weniger hohen Beinen darauf stehen müsse, welche Maße für ein Sofa, eine Bettstelle oder andere Möbel zweckmäßig seien, — sieh, diese Fragen kann eine Hausfrau ebensogut beantworten wie ein Tischler. Und wenn du sie dir selbst vorlegst oder dich mit mir darüber beratest, so findest du auch leicht darauf selbst die rechte Antwort. Also denken, selbst denken, mein lieber Junge! In der Werkstatt mußst du freilich alles so machen, wie dein Lehrmeister oder seine Stellvertreter es bestimmen; aber das schließt dich aus nicht das eigene Denken aus, sondern du kannst gerade dann am besten gehorchen, wenn du selbst frei und klar denkst. So wie bei den Möbeln, ist es auch bei jeder andern Tischlerarbeit.“

So kann eine Mutter den Tischlerlehrling belehren, eine andere den Drechsler, Bildhauer, Böttcher, Stellmacher, Zimmermann lernt oder an Maschinen arbeitet; und immer muß sie, wenn sie weise ist, dabei betonen, daß alle Holzarbeiter ein Herz und eine Seele sein müssen.

Markt eingezahlt worden. Insgesamt waren bis zu diesem Zeitpunkt als tot gemeldet 2525 Versicherte mit 5177 Anteil...

Es kann also für den einzelnen Anteil immer noch eine ganz erhebliche Summe zur Auszahlung kommen. Für die Angehörigen von vielen Tausenden der am Kriege Beteiligten wäre die Erwerbung von Anteilsscheinen nur eine Maßnahme kluger Fürsorge!

Die Zuchthäuser füllen sich.

In den preussischen Zuchthäusern befanden sich am 31. März 1917 14 582 Gefangene gegen 12 451 am Schluß des vorhergehenden Rechnungsjahres. Insgesamt waren in den dem Ministerium des Innern unterstehenden Strafanstalten, wie aus der jetzt veröffentlichten Statistik ersichtlich ist, am 31. März 1917 24 642 Gefangene, das sind um 2335 mehr als am 1. April 1916.

Die Zahl der Verurteilten war in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege stark zurückgegangen, infolgedessen hatte sich auch der Zugang in den Gefängnissen und Zuchthäusern vermindert, und zwar war der Rückgang bei den letzteren besonders stark. Im ersten Kriegsjahr hat dieser Rückgang auch noch angehalten, dann aber trat eine rapide Steigerung ein.

Hier genügt die Erklärung mit der gestiegenen Zahl der militärischen Verbrechen und Vergehen nicht. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die steigende Zahl der Landesverratsprozesse recht wesentlich zur Füllung der Zuchthäuser beigetragen hat.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsummer ist der 29. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 49668 Kasp. Leop. Schmitt, M.-A., 27. 1. 61 zu Würzburg. 350175 Franz Brandies, Tschl., geb. 10. 4. 78 zu Eiflit. 478879 Helene Grundler, Binselm., 20. 1. 84 zu Nürnberg.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2. Der Vorstandsvorsitz.

Korrespondenzen.

Brand-Erbisdorf. Ueber das rohe Verhalten, welches der Direktor Wilken von der Erzgebirgischen Holzindustrie den Arbeitern des Betriebes gegenüber an den Tag legt, werden ernste Klagen laut.

zu erzielen ist. Herr Wilken führt solche Ausbrüche auf seinen krankhaften Nervenzustand zurück. Wenn er seine Nerven so wenig in der Gewalt hat, dann wäre es doch besser, wenn er in eine Nervenheilanstalt ginge.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnbewegung auf den Schiffswerften.

Einem durch die Presse gehenden längeren Bericht entnehmen wir, daß eine am 21. April in Hamburg abgehaltene Werftarbeiterkonferenz die Vorstände der beteiligten Verbände beauftragte, an die Werftunternehmer mit Forderungen heranzutreten.

Am Schluß der Verhandlungen erklärten sich die Unternehmervertreter bereit, die Einstellungs- und Stundenlöhne der erwachsenen männlichen Arbeiter bei der ersten Septemberlöhnung und der Löhnung vor Weihnachten um je 2 Pf. zu erhöhen.

Es fanden alsbald erneute Verhandlungen statt, in welchen die Vertreter der Unternehmer folgende Zugeständnisse machten:

Für die Lohnarbeiter tritt eine Erhöhung um 2 Pf. (im ganzen 6 Pf.) der ursprünglich gemachten Zugeständnisse ein. Für die Jugendlichen tritt dieselbe Lohnzulage wie für die volljährigen Arbeiter in Kraft.

Dieses Ergebnis wurde der am 25. Juni tagenden Konferenz von Vertretern der Werftarbeiter vorgelegt. Die Arbeitervertreter bezeichneten die gemachten Zugeständnisse in der angenommenen Entschliessung als unbefriedigend.

Aus der Holzindustrie.

Die Würdigung unseres Verbandsjubiläums.

Das Jubiläum unseres Verbandes ist in dem größten Teil der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterpresse durch mehr oder weniger umfangreiche Abhandlungen gewürdigt worden. Diese Artikel und Notizen sind inhaltlich verschieden abgetönt; von der einfachen Registrierung der Tatsache des Jubiläums und der Herausgabe unserer Festschlüsse bis zum sympathisch berührenden Ausdruck der Teilnahme an unserer Festesfreude.

Beachtung, mit denen die „Soziale Praxis“ unser Verbandsjubiläum würdigt. Unter der Ueberschrift: „50 Jahre Deutscher Holzarbeiter-Verband“ schreibt das Blatt:

„In unserem Jahre 1918, wo nunmehr ein halbes Jahrhundert seit der Aufhebung der Koalitionsverbote durch die Notverordnung des Norddeutschen Bundes verfloßen ist, häufen sich die Gedenktage der älteren deutschen Arbeiterverbände, die damals, 1868, zum Teil nach längeren Vorgeschichten, als Unterstützungsvereine sich beherzt auf den gewerkschaftlichen Boden hinausgewagt haben und so die Pioniere der späteren deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden sind.“

Verbandstag der Holzarbeiter Oesterreichs.

In den Tagen vom 29. Juni bis 1. Juli hielt der österreichische Holzarbeiter-Verband in Wien seinen zwölften Verbandstag ab. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf Änderung der Beitragsleistung und der Unterstützungen. Nach längerer Aussprache wurden die Anträge des Vorstandes angenommen.

Ein Ruf aus Finnland.

Unter dieser Ueberschrift schreibt das „Bulletin“ der Internationalen Union der Holzarbeiter:

Unsere Bruderorganisation in Finnland wandte sich im März d. J. auf dem Wege über das neutrale Dänemark an den Deutschen Holzarbeiter-Verband mit dem dringenden Ersuchen, auf die deutsche Regierung mit allen Kräften einzuwirken, daß sie von einem militärischen Eingreifen in Finnland Abstand nehme.

Arbeitslosigkeit im Monat Juni 1918.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, and Unterstützungen haben erhalten. Includes data for various regions like Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc., and monthly statistics for Juni 1918.

Die dänischen Kollegen fügten bei der Uebermittlung dieser Aufforderung die Bemerkung hinzu: „Wir betrachten das Telegramm aus Finnland als einen naiven Ausdruck der verzweifeltsten Situation, die zurzeit in Finnland besteht. Ein Notruf in die Welt, gerichtet an Freunde, die selbst machtlos in der Wahl der Mittel dastehen, um den Unglücklichen zu Hilfe zu kommen. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß wir unseren finnischen Kameraden es schuldig sind, Euch mit ihren Gedanken bekannt zu machen, und wir bitten Euch, Euer möglichstes zu tun, um deren begreiflichen Wünschen entgegenzukommen.“

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat hierauf unverzüglich geantwortet, daß er in dieser rein politischen Angelegenheit keinen direkten Einfluß ausüben könne, sondern daß dies eine Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei sei. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag wäre auch schon alles getan worden, was nur möglich war, um in dem gewünschten Sinne zu wirken. Immerhin habe er den Hilferuf der finnischen Genossen an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion übermittelt, und es stehe sicher zu erwarten, daß dieselbe ihre Bemühungen noch fortsetzen werde.

Diese Erwartung ist durch die Antwort, die dem Deutschen Holzarbeiter-Verband von dem Vorstand der Reichstagsfraktion zugegangen ist, auch bestätigt worden. Die Fraktion teilt darin mit, daß auf ihre Veranlassung Verständigungs-Verhandlungen geführt worden sind, die leider ohne Erfolg waren. Trotzdem werde sie auch künftighin versuchen, nach Möglichkeit im bisherigen Sinne weiterzuwirken.

Gewerkschaftliches.

Verbandsstag der Böttcher.

Der Böttcher-Verband hat seinen Verbandsstag vom 17. bis 21. Juni in Würzburg abgehalten. In der ersten Sitzung mußte den Delegierten die unerfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß der Hauptkassierer des Verbandes, Thierfelder, wenige Tage vor dem Verbandsstag Selbstmord verübt habe, nachdem er Verbandsgeelder unterschlagen hatte. Die Höhe der verlorenen Summe steht noch nicht fest. Eine vorläufige Prüfung hat das Fehlen von 26 000 Mk. ergeben, doch ist es möglich, daß dieser Betrag bei der genauen Revision eine Ermäßigung erfährt. Die wichtigste Aufgabe des Verbandsstages war die Beschlußfassung über die vom Vorstand vorgeschlagene Neuordnung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen. Nach einer sehr eingehenden Aussprache wurden die Anträge angenommen. Hiernach ist der Wochenbeitrag um 25 Pf. erhöht; er beträgt nunmehr 85 Pf. Dementsprechend sind auch die Unterstützungssätze geändert. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt künftig 15 Mk. wöchentlich, die Sätze der Krankenunterstützung steigen mit der Dauer der Mitgliedschaft. Neu eingeführt wurde eine Invalidenunterstützung. Außerdem beschäftigte sich der Verbandsstag mit den Aufgaben des Verbandes nach erfolgter Demobilisierung, worüber Wagner (Düsseldorf) referierte. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Wintelmann (Bremen) zum Vorsitzenden wiedergewählt. Zum Verbandskassierer wurde Wegner (Düsseldorf) gewählt.

Lehrerzulagen im Buchdruckergerwerbe.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker veröffentlicht die auf Antrag der Gehilfenschaft vom Tarifausschuß in der Zeit vom 2. bis 4. Juli gefaßten Beschlüsse. Hiernach tritt am 1. August und am 1. Dezember eine nicht unwesentliche

Erhöhung der Lehrergulagen in Kraft. In den Orten mit einem Lokalaufschlag bis einschließlich 10 Prozent auf die Grundpositionen des Tarifs steigt der wöchentliche Lehrergulagenaufschlag am 1. August auf 25 Mk. für Verheiratete, 22 Mk. für Ledige; am 1. Dezember auf 28 Mk. bzw. 25 Mk. In den Orten mit höherem Lokalaufschlag ist auch die Lehrergulage entsprechend höher. In Berlin steigt die Lehrergulage auf 33,50 Mk. bzw. 30 Mk. (für Ledige) am 1. August und auf 38,50 Mk. bzw. 35 Mk. am 1. Dezember. — Im Hinblick auf die durch diese Beschlüsse verursachte Verteuerung der Herstellungskosten wurde zugleich eine Erhöhung der Sätze des Buchdruckpreistarifs beschlossen, die am 1. August 25 Prozent, am 1. Dezember weitere 15 Prozent beträgt. Alle Mitglieder der Tarifgemeinschaft sind gehalten, die Beschlüsse des Tarifausschusses zur Durchführung zu bringen. Damit ist für das Buchdruckergerwerbe die Gewähr gegeben, daß die Lehrergulagen auf das Publikum abgewälzt werden.

Das Jubiläum des Lederarbeiter-Verbandes.

Zu gleicher Zeit mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, am 1. Juli 1893, hat auch der Lederarbeiter-Verband seine Tätigkeit aufgenommen. Auch hier handelte es sich um die Verschmelzung von Berufsverbänden zu einem Industrieverband oder wenigstens zu den Anfängen eines solchen. Der Verband der Weißgerber, der schon vor 1878 bestand, war so bescheiden, daß er der Auflösungswut der Polizei bei Erlass des Sozialistengesetzes entging. Im Jahre 1884 wurde eine besondere Organisation der Lohgerber, der Verband der Gerber und Lederzurichter, ins Leben gerufen. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde auch in der Lederindustrie die Verschmelzung diskutiert, doch nur die Lohgerber schlossen sich mit den Weißgerbern zusammen. Der Anschluß des Verbandes der Handschuhmacher erfolgte erst mehrere Jahre später. Der Lederarbeiter-Verband hat sich recht günstig entwickelt. Zwar haben sich die Wirkungen des Krieges in der Organisation sehr empfindlich bemerklich gemacht, doch ist die Hoffnung berechtigt, daß die Wiederkehr des Friedens der Ausgangspunkt für eine neue Entwicklung sein wird.

Aufschwung der ungarischen Gewerkschaften.

Das Jahr 1917 hat den Gewerkschaften in Ungarn einen gewaltigen Aufschwung gebracht. Von 107 486 Mitgliedern, die sie vor dem Kriege zählten, waren sie bis zum Jahre 1915 auf 43 381 zusammengeschmolzen. Das Jahr 1916 brachte eine kleine Besserung; die Mitgliederzahl stieg auf 55 338. Das Jahr 1917 ließ aber die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in ungeahnter Weise anwachsen; ihre Zahl stieg auf 215 222. Dieser Fortschritt ist zum größten Teil auf den starken Zustrom neuer Mitglieder zurückzuführen. So steigerte der Verband der Metallarbeiter seine Mitgliederzahl von 20 696 auf 80 934, der Bergarbeiter-Verband stieg von 2600 auf 21 178; der Verband der Eisenbahnarbeiter vermehrte seine Mitgliederzahl um 15 568, der Verband der Privatangestellten um 10 588 usw. Eine andere Quelle des Zustromes ist der Uebertritt von Organisationen, die vorher im anderen Lager standen. So kamen die Fabrikarbeiterinnen von den Christlichsozialen, auch die Staats- und Gemeindearbeiter haben sich neu den freien Gewerkschaften angeschlossen. Dann gelang es, die Straßenbahner zu organisieren, und die Organisationen der Textilarbeiter und der Arbeiter in den chemischen Fabriken, die fast entschlafen waren, sind zu neuem Leben erwacht. Ins Auge fallend ist besonders die Zunahme der weiblichen Mitglieder, deren Zahl von 8314 auf 48 811 stieg.

Der Mitgliederzahl entsprechend haben sich auch Kassenverhältnisse gebessert. Die Einnahmen stiegen von 1 482 776 Kronen auf 2 554 942 Kronen, die Ausgaben von 1 171 859 Kronen auf 2 042 215 Kronen. Das Gesamtmögen der Gewerkschaften stieg um 1 800 000 Kronen, 5 701 698 Kronen. In diesen Summen sind die entsprechenden Kosten der „Freien Organisationen“ nicht enthalten. Das ist eine Eigentümlichkeit der ungarischen und auch österreichischen Gesetzgebung, welche den Gewerkschaften Führung von Lohnkämpfen nicht gestattet. Zu diesem Zweck haben sich die Arbeiter neben ihren Gewerkschaften noch sogenannten „Freien Organisationen“ geschaffen. Mit schwachen Entwicklung der Industrie in Ungarn hängt zusammen, daß mehr als die Hälfte der organisierten Arbeiter auf die Hauptstadt entfällt. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren 121 450 oder 56,4 Prozent in Budapest tätig. Erfreulich ist es, daß das Wachstum der Gewerkschaften auch im laufenden Jahre anhält. Die viermillion Mitglieder dürfte zurzeit bereits überschritten sein.

Der Buchbinder-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1917 von 16 552 auf 20 265 gesteigert. Die Einnahmen des Verbandes betragen im abgelassenen Jahre 413 578 Mk., die Ausgaben 312 193 Mk. Das Vermögen des Verbandes ist auf 1 547 715 Mk. gestiegen.

Im Gärtner-Verband hat eine Urabstimmung über beantragte Beitragserhöhung stattgefunden. Bis zum 25. Juni waren beim Verbandsvorstand 377 Stimmmittel eingegangen von denen nur 7 auf Nein lauteten. Wenn das Abstimmungsergebnis auch noch nicht vollständig ist, so ist an endgültigen Ergebnis nicht mehr zu zweifeln. Der Verband gibt deshalb bekannt, daß sämtliche Beiträge am 1. August an um 10 Pf. erhöht sind.

Im Glaser-Verband haben bei der Urabstimmung über die Erhöhung des Beitrags von 662 Mitgliedern, die den Verband zurzeit zählt, 414 mit Ja und 123 mit Nein gestimmt. Damit ist der Beitrag vom 1. Juli an von 70 auf 90 Pf. erhöht.

Der Vorstand des Tapezierer-Verbandes beruft ordentliche Generalversammlung auf den 8. September in Hamburg. Der wichtigste Punkt in der vorgeschlagenen Tagesordnung dürfte die Beschlußfassung über beantragte Satzungsänderungen sein.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler- und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Die Abgeordneten zur Generalversammlung wollen Legitimationskarte bei der Ankunft auf dem Bahnhof Wülzburg sichtbar tragen. Im Bahnhof ist das Lokalkomitee, kenntlich an weißer blauer Schleife, anwesend. Das Tagungslokal ist der Saal „Zum Gütten Garten“, Bichowstraße 2. Der Wohnungsnachweis ist im Gasthof „Zum Franziskaner“ am Franziskanerplatz. Die Abgeordneten werden vom Lokalkomitee zum Wohnungsnachweis geleitet empfangen dort ihre Quartier- und Verpflegungskarten. Sollten etwa Abgeordnete am Bahnhof vom Lokalkomitee verpaßt werden, wollen sich diese nach dem letzten genannten Lokal begeben. Etwaige Wünsche wegen Quartiere wolle man an Unterzeichneten richten. Matth. Gull, Würzburg, Friedenstraße 5

Gestorbene Mitglieder.
 Karl Lade, 53 Jahre, gest. in Instertburg.
 Georg Kettel, Schreiner, 68 Jahre, gest. in Nürnberg.
 Rich. Bühren, 32 Jahre, gest. in Effen a. d. Ruhr.
 Andr. Poshinski, Tischler, 48 Jahre, gest. in Alt-Glienide.
 Friedr. Schwenk, Tischler, 39 Jahre, gest. in Adlershof.
 Friedr. Brösel, Tischler, gest. in Bernburg.
 Heinz Quenz, Tischler, 79 Jahre, gest. in Magdeburg.
 Ernst Jörn, Tischler, 59 Jahre, gest. in Magdeburg.
 Franz Heller, Beizer, 35 Jahre, gest. in Magdeburg.
 Ehre ihrem Andenken.

Einige tüchtige Tischler gesucht.
 Geb. Heilig, Hamburg, Eilertstraße 7, II.
Möbeltischler sofort gesucht; dauernde Beschäftigung.
 Schleißer Holzindustrie Akt.-Ges. normals Kaiserweg & Schmidt, Langenals, Bez. Siegen (Schlesien).
Meister für die Stofffabrikation gesucht, der imstande ist, dieselbe zu leiten und groß zu machen. Gefällige Angebote an C. Jendervan G. m. b. H., Düsseldorf.
 Für unsere in Südbayern gelegene Holzwarenfabrik suchen wir zum baldigen Eintritt einen **tüchtigen Werkmeister**, welcher bereits ähnliche Stellen mit Erfolg ausgefüllt hat. — Operieren mit Angabe von Gehaltsansprüchen u. ehesten Eintrittstermin sind zu richten an: **Kaiserlicher Lagerhaus Düsseldorf G. m. b. H., Rönneken D. S., Berg am Elmstraße 33.**

Mehrere Möbelschreiner auf bessere Eichenmöbel suchen sofort.
 Gebr. Clemens, Saarbrücken II, Stromstr. 26.
Tischlergesellen (eventuell Kriegsbeschädigte) auf einfache Möbelsarbeit für dauernde Beschäftigung gesucht. E. W. Friede Sohn, Holzindustrie, Meranburg (Wefer).
Möbelschreiner gesucht!
 H. Heinemann, Hamburg 30, Koldingstr. 17. Wir suchen zu sofortigem Antritt tüchtige **Möbeltischler**. Angebote an **Vogel-Kunstmöbel-Industrie Aktiengesellschaft, Auerbach im Vogtland.**
Zwei durchaus **Tischlergesellen** auf bessere rohe eichene Möbel für sofort gesucht. Erich Boche, Baruth (Mark).

Durchaus tüchtiger und im Herstellen von Profilmessern **selbständiger Fräser** sofort gesucht. Stuttgarter Möbel-fabrik Georg Schöttle, Stuttgart-Berg.
Schreiner und Stellmacher zu sofort gesucht.
 F. Stille, Fahrzeugfabrik, Münster (Westf.).
Tüchtige Drechsler sofort gesucht.
 H. Reiter, Drechslermeister, Flensburg, Angelturmer Straße 6.
Tüchtiger Drechsler für kleine Qualitäten bis Größe 15x20 sofort gesucht. H. Stantewitz, Langensalza (Thür.).
Tüchtige Polierer, Schleifer und Feiler stellen ein C. & S. Redlich, Etzfabrik, Berlin SW. 68, Ritterstraße 7a.
20 Korbmacher auf Drillinge, 98er u. Transportkörbe gesucht. **Korbkunst, Hildburghausen.**

20—30 Korbmacher auf alle Sorten Geschloßkörbe sucht sofort **Georg Wicht, Eisleben.**
Einen Korbmacher auf Kohlen- u. Kartoffelkörbe stellt sofort ein **Gottfried Wölle, Bergen a. Rügen.**
Tüchtigen Bohrer auf Büchsenhölzer sucht **Oskar Endmann, Berlin N., Bernauer Str. 79.**
 Guten hellen **Lack-Ersatz** liefern **günstig Refektan, Bautzen.**

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgerwerbe.
 Ermittelt vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgerwerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 6. Juli, bis Freitag, 12. Juli 1918.
 A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
 C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bauhilfen			Möbel-tischler			Maschinen-arbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Stangen			Insgesamt			
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	
Berlin	14	46	56	55	16	59	16	19	—	—	—	5	75	103	177	—	—	—	—	—	—	—
Bremen	—	1	4	5	—	2	—	—	—	—	—	—	—	2	3	—	—	—	—	—	—	6
Breslau	—	2	—	2	14	—	—	3	—	1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	2	—	2	22	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
Eilenburg	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
Forst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hersfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	1	3	—	4	12	—	—	3	12	—	—	5	—	1	3	—	—	—	—	—	—	14
Lübeck	—	3	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
Zusammen	15	10	47	68	181	55	20	16	61	17	7	19	1	3	5	83	28	114	204	245	—	—
vor. Woche	9	7	48	64	128	65	27	29	64	11	5	21	6	3	4	63	26	117	180	198	—	—

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Werkzeug-Neuheiten
 Preislisten gratis und franko!
Otto Bergmann, Berlin SO., Oppolinerstr.

Holzteer offen
K. Claasen, Mainz, Karmeliterstr.

TISCHLER-FACHSCHULE
DETMOLD
 Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Befähigt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorgestellen. Auskunft durch die Direktion: B. Kolkhof.